

## **Grenzen der Politik**

*Referat von Kaspar Villiger*

*Winterkonferenz des SGV, Klosters, 13. Januar 2021*

Ich hatte in meinem Leben das Privileg, in drei faszinierenden Funktionen Verantwortung übernehmen zu dürfen: Dreiundzwanzig Jahre als Verwaltungsratspräsident und CEO eines mittelständischen Familienunternehmens, fünfzehn Jahre als Berufspolitiker und acht Jahre als Verwaltungsrat von Schweizer Grosskonzernen. Dazu kamen – als junger Unternehmer – einige Jahre Präsidium des früheren Aargauischen Arbeitgeberverbandes. Geprägt hat mich vor allem das mittelständische Unternehmertum. Das ist der Grund dafür, dass ich Ihre Einladung angenommen habe. Als Mittelständler fühle ich mich auch noch heute dem Gewerbe verbunden.

### **I**

In einer komplizierten Welt, die sich mit atemberaubender Geschwindigkeit verändert, geht es der Schweiz – trotz des permanenten politischen Hintergrundlärms der Berufsempörten – noch immer hervorragend. Ob Lebensstandard, Lebenserwartung, soziale Ausgeglichenheit, demokratische Mitspracherechte, makroökonomische Kennziffern oder Standortqualität: In allen Bereichen marschiert sie in der globalen Spitzengruppe. Das ist das Resultat einer bisher einigermassen freiheitlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung sowie der harten Arbeit von Generationen. Aber die Geschichte lehrt uns, dass Besitzstände auf dieser Welt nie gesichert sind. Eine kleine, weltoffene Exportnation wie die Schweiz kann ihren überdurchschnittlichen Wohlstand nur erhalten, wenn sie

besser als andere ist und sich immer wieder anzupassen versteht. Einiges deutet darauf hin, dass die Schweiz vor Herausforderungen steht, die von breiten Kreisen unterschätzt werden. Wachsender Protektionismus sowie die Entstehung regionaler Freihandelsräume zu Lasten multilateraler Handelsregeln erhöhen für den unabhängigen Kleinstaat das Risiko, zwischen Stuhl und Bank zu fallen. Die Auseinandersetzungen zwischen den USA und China erschweren es, aussenwirtschaftlich auf beiden Hochzeiten zu tanzen. Die grössten Wirtschaftsnationen, die sich in vielen Fragen spinnefeind sind, tun sich zusammen, um lästigen kleinen Konkurrenten ihre komparativen Vorteile zu beschneiden. Unser hindernisfreier Zugang zum wichtigsten Kunden, der EU, ist nicht mehr gesichert. Innenpolitisch harren zentrale Fragen einer nachhaltigen Lösung, etwa die Altersvorsorge und die Stromversorgung. Finanzdisziplin, ein wichtiger Erfolgsfaktor, wird zunehmend als lästig empfunden. Politische Polarisierung führt bei jedem Reformvorschlag sofort zu erbittertem Widerstand. Weil es uns so lange schon so gut geht, wird der Wohlstand zunehmend als gottgegeben wahrgenommen. Es wäre an der Zeit, den Reformstau aufzubrechen, wenn die Schweiz nicht ihre Zukunftsfähigkeit schleichend gefährden will. Aber es sieht nicht so aus, als ob Politik und Volk dazu wirklich bereit wären.

## II

Bevor ich auf die Grenzen des Staates eingehe, will ich begründen, warum auch aus bürgerlicher Sicht ein starker Staat unverzichtbar ist. Wir Menschen haben eine Art Doppelnatur. Wir sind zugleich Individuen und Teil von Gemeinschaften. In unserer liberalen Kultur steht zwar das Individuum im Vordergrund. Aber kein Individuum vermöchte lange zu überleben, wenn es nicht in Geflechte von leistungsfähigen Gemeinschaften eingebunden wäre. Allerdings beruht jede Ge-

meinschaft wiederum auf der Leistung von Individuen. Das Wohlergehen einer grossen Zahl von Individuen ist deshalb ohne das Eingebundensein in die wichtigste Gemeinschaft, die staatliche, nicht erreichbar. Ob aber der Staat seinen Bürgerinnen und Bürgern die Gestaltung eines Lebens in Freiheit, Sicherheit und Wohlstand ermöglicht – und das und nur das muss aus liberaler Sicht das Ziel von Politik sein! - hängt von dessen institutionellen Strukturen und den kulturellen Prägungen der Individuen ab.

Wir Menschen verfügen über Eigenschaften, die beide Aspekte unserer Doppelnatur reflektieren. Wir sind einerseits Egoisten, die bereit sind, enorme Anstrengungen zum eigenen Vorteil zu erbringen und die zur Wahrnehmung von Selbstverantwortung fähig sind. Andererseits aber haben wir gleichzeitig eine angeborene Fairnesspräferenz, die uns die Existenz zu grosser individueller Wohlstandsunterschiede als ungerecht erscheinen lässt, und wir sind zur Einfühlung in das Leiden anderer, zu Wohlwollen, zu Mitgefühl und zu Solidarität fähig. Die Frage stellt sich nun, wie Staat und Gesellschaft strukturiert sein müssen, damit die Motivationskraft des Eigeninteresses im Rahmen gemeinsamen Handelns das Wohlergehen aller fördert.

Das konkrete menschliche Handeln nun hängt einerseits von den sehr unterschiedlichen individuellen Veranlagungen ab. Es wird andererseits stark von äusseren Anreizen beeinflusst, denen wir ausgesetzt sind. Es sind im Wesentlichen zwei Faktoren, die solche Anreize schaffen: Erstens die staatlichen und nicht-staatlichen Institutionen und zweitens die Kultur im Sinne von allgemein akzeptierten Verhaltensstandards, Wertvorstellungen und Traditionen.

Wie Anreize wirken, die von Institutionen ausgehen, erleben wir tagtäglich. Eine sichtbare Radaranlage löst beim Autofahrer augenblicklich einen Bremsanreiz

aus, weil ihm sofort das Risiko einer Busse oder eines Ausweisentzuges bewusst wird. Die Erfolgsprämie in einer Firma reizt zur Mehrarbeit an, während eine zu grosse Steuerprogression diesen Anreiz wieder reduziert. Die seit Jahren zu tiefen Zinsen, welche die Risiken längst nicht mehr reflektieren, verleiten Anleger zum Eingehen übermässiger Risiken und Staaten zu übermässiger Verschuldung. Die Institutionen Bussenverordnung, Lohnsystem, Steuergesetz und Notenbankpolitik beeinflussen also in diesen Beispielen unser Handeln massgeblich.

Allerdings haben auch Gesetze und Vorschriften zur Steuerung unseres Verhaltens einen begrenzten Einfluss, weil sie nie alle Eventualitäten einer komplexen Wirklichkeit einfangen oder gar Fehlanreize erzeugen können. Deshalb spielen auch kulturelle Faktoren für den Erfolg eines Unternehmens oder eines Staates eine entscheidend wichtige Rolle. So wird etwa die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes dadurch stark beeinflusst, ob Vertrauen in die Institutionen sowie die nationalen Eliten besteht und ob Ehrlichkeit das Geschäftsleben prägt.

### III

Ein erfolgreicher Staat muss im Wesentlichen vier Kriterien erfüllen: *Freiheit*, *Wohlstand*, *Stabilität* und *Sicherheit*. Nur freie Menschen können sich nach ihren Talenten und Neigungen entfalten. Aber nur, wer über einen hinreichenden Wohlstand verfügt, ist auch wirklich frei und unabhängig. Stabilität bedeutet, dass Konflikte gewaltlos ausgetragen werden, dass Machtwechsel friedlich ablaufen und dass die Gesellschaft sozial hinreichend ausgeglichen ist. Sicherheit vor Gewalt und vor den nicht beeinflussbaren Wechselfällen des Lebens verhindert jene Ängste, die wiederum Stabilität und Wohlergehen beeinträchtigen. Staatsmodelle, die die vier Kriterien erfüllen sollen, sind mit zwei Grundproble-

men konfrontiert. Erstens sind sie Menschenwerk und uns nicht angeboren. Weder haben sie sich global durchgesetzt, noch erweisen sie sich dort, wo sie einigermaßen funktionieren, als unverletzlich und auf Dauer gesichert. Sie können auch wieder zerfallen. Sie bedürfen deshalb dauernder Pflege. Die enormen Probleme, in die viele moderne Demokratien geraten sind, belegen diesen Befund.

Zweitens stehen die vier Kriterien in komplizierten Spannungsverhältnissen zueinander, und keines ist zu hundert Prozent realisierbar. Nur ein ausbalanciertes Zusammenspiel widersprüchlicher Elemente kann zum Erfolg führen. Ich will das für jedes Kriterium kurz skizzieren.

*Freiheit* ist zwar für ein selbstbestimmtes Leben in Würde zentral, aber sie braucht Grenzen, weil sich sonst die Starken auf Kosten der Schwachen durchsetzen. Diese Grenzen liegen auf zwei Ebenen, einer staatlichen und einer kulturellen. Der Staat muss mittels verbindlicher Regeln einerseits die Freiheit der Bürger schützen, andererseits begrenzen. Der grosse Wegbereiter des Liberalismus John Locke hat es so ausgedrückt: Individuelle Freiheit sei ein unantastbares Menschenrecht. Freiheit bedeute frei sein vom Zwang und der Gewalttätigkeit anderer. Freiheit heisse aber nicht für jeden zu tun, was ihm gefalle, denn wer könne schon frei sein, wenn ihn die Laune jedes anderen tyrannisieren dürfe. Deshalb gebe es, wo es kein Gesetz gebe, auch keine Freiheit. Wenn allerdings der Staat diese Begrenzung umfassend und für alle möglichen Situationen regulieren wollte, wäre er erstens völlig überfordert und würde zweitens als faktischer Polizeistaat die Freiheit zerstören, die zu schützen er vorgäbe. Deshalb braucht es auch die kulturellen, sozusagen freiwilligen Grenzen der Freiheit: Die Menschen müssen ihre Freiheit mit Verantwortung nutzen. Nicht alles, was nicht verboten ist, darf auch getan werden. Dazu muss ein zentrales liberales Prinzip

kommen, nämlich die Verbindung von Zuständigkeit und Haftung. Wer schlecht wirtschaftet, wird durch Konkurs bestraft, und wer einen Schaden verursacht, muss für die Behebung aufkommen. Nur dem Politiker passiert meist nichts, wenn er einen Staat an die Wand fährt.

*Wohlstand* entsteht nicht von selbst, sondern Wohlstand muss von Menschen erarbeitet werden. Die Meinung, es gebe eine sozusagen natürliche begrenzte Menge an Wohlstand, die gerecht verteilt werden müsse, und wenn die Reichen reicher würden, würden die Armen ärmer, ist totaler Unsinn, auch wenn dieser Irrtum von Teilen der Linken permanent gepredigt wird. Nicht Wohlstand, sondern Armut, Mangel, Gewalt und Krankheit sind der Normalzustand. Wohlstand erfordert eine enorme menschliche Leistung, die permanent erbracht werden muss und die der klugen Verbindung von Wissen und Kooperation bedarf. Deshalb müssen die ökonomischen Institutionen jene Anreize schaffen, die die Menschen veranlassen, Leistungen zu erbringen, sich permanent auszubilden, neue Ideen zu ersinnen sowie Unternehmen zu gründen und zu betreiben. Das alles kann nur Marktwirtschaft in Verbindung mit leistungsfähigen Bildungsinstitutionen bewirken. Deshalb gibt es ohne Marktwirtschaft keinen hinreichenden Wohlstand für alle. Das ist nicht eine ideologische Überzeugung, sondern eine tausendfach empirisch belegte Tatsache. Aber auch Marktwirtschaft bedarf berechenbarer staatlicher Regeln, die ihre Spielräume abstecken, ihre Freiräume sichern und den Wettbewerb erzwingen. Dass der gleiche Staat noch weitere Leistungen als Basis von Wohlstand erbringen muss, etwa in den Bereichen Bildung, Forschung, Infrastrukturen, Rechtssicherheit, Aussenhandel sowie innere und äussere Sicherheit, versteht sich von selbst.

*Stabilität* erreicht ein Staat im Wesentlichen dann, wenn die Menschen das wirtschaftliche und politische System als hinreichend gerecht empfinden. Das

braucht nicht nur angemessene soziale Sicherungen gegen die Wechselfälle des Lebens sowie die Gewährleistung der Grund- und Menschenrechte, sondern auch eine hinreichende soziale Ausgeglichenheit. Dies zu erreichen ist ein Balanceakt: Weil Marktwirtschaft Ungleichheit schafft, kommt kein Staat um ein gewisses Mass an Umverteilung zur Dämpfung stossender Ungleichheit herum. Aber zu viel Umverteilung beschädigt den Leistungswillen der Menschen, was wiederum den Wohlstand gefährdet.

*Sicherheit*, das vierte meiner Kriterien, bedarf nicht nur hinreichenden sozialen Schutzes, sondern auch des Schutzes der Menschen vor physischer Gewalt. Weil aber totale Sicherheit nur um den Preis von radikalen Einschränkungen der Freiheit möglich ist, müssen auch Sicherheit und Freiheit permanent neu ausbalanciert werden.

#### IV

Bisher haben die Menschen erst ein Staatsmodell entwickelt, das für grosse Gruppen von Menschen alle diese Bedingungen hinreichend erfüllen kann. Es beruht auf den drei Säulen *Rechtsstaat*, *Marktwirtschaft* und *Demokratie*. Der verfassungsbasierte *Rechtsstaat* sichert die Grund- und Menschenrechte aller Bürger und etabliert durch Gewaltenteilung die gegenseitige Kontrolle und damit die Begrenzung der Macht der Gewalten. Die *Demokratie* legitimiert die Macht, die einzelnen Institutionen verliehen wird, und sie ermöglicht die Abwahl unfähiger Regierungen und damit friedliche Machtwechsel. Die *Marktwirtschaft* erlaubt Menschen und Firmen die Entfaltung von Kreativität, erzwingt durch Wettbewerb Höchstleistungen und verschafft den Konsumenten eine enorme Auswahl an Produkten und Dienstleistungen zu vernünftigen Preisen. Marktwirtschaft, Wissenschaft und Freihandel ermöglichen, dass Milliarden Menschen trotz Be-

völkerungsexplosion ein Wohlstands- und Gesundheitsniveau erreichten, das noch vor hundert Jahren als undenkbar erschien.

Wir stellen also fest, dass ein erfolgreicher Staat, der die vier erwähnten Kriterien hinreichend erfüllt, nur durch das ausgewogene Zusammenwirken von staatlichen Institutionen, Zivilgesellschaft, Individuen und Marktwirtschaft entstehen kann. Die beiden Starökonomien Daron Acemoglu und James Robinson haben auf der Basis umfangreicher Länderstudien nachgewiesen, dass sich Zivilgesellschaft und Staat stets in einer Art Kräftegleichgewicht befinden müssen, wenn ein Staat Erfolg haben soll, und dass dieses Gleichgewicht im Laufe der Entwicklung stets neu austariert werden muss. Dabei muss einerseits der Staat seine Leistungen in hinreichender Qualität erbringen, sonst droht er zum «gescheiterten Staat» zu werden. Andererseits darf er nicht zum «despotischen Staat» auswuchern, der den Menschen und ihrer Wirtschaft die Freiheit ungebührlich beschneidet. Während der gescheiterte Staat zu Chaos und Armut führt, erstickt der despotische Staat mit der Zeit Leistungsbereitschaft, Kreativität und Anpassungsfähigkeit. Damit gefährdet er den Wohlstand ebenfalls. Der erfolgreiche «gebändigte» Staat entwickelt sich vor allem wegen der gesellschaftlichen und technologischen Umbrüche zwar auch ständig weiter, aber er muss von einer vitalen Zivilgesellschaft im Gleichschritt permanent kontrolliert und damit eben gebändigt werden. Mit anderen Worten: Es braucht den Staat, aber dieser muss begrenzt bleiben.

Die Balance zwischen Staat und Gesellschaft kann mithin in zwei Richtungen gestört werden, wenn nämlich einerseits der Staat seine Leistungen für die Bürger nicht mehr hinreichend erbringt oder wenn andererseits die Wachsamkeit der Gesellschaft dem Staat gegenüber nachlässt. Die beiden Ökonomen haben zudem gezeigt, dass der Erfolgskorridor des gebändigten Staates zwischen



dem Abgleiten in den gescheiterten Staat und dem Driften in den despotischen Staat nur schmal ist.

## V

Wenn wir nun die Schweiz im Lichte dieser Erkenntnisse betrachten, gibt es eine gute und eine schlechte Nachricht. Die gute: Ein Abgleiten in den gescheiterten Staat ist – trotz aller lärmigen Protestdemonstrationen, die offenbar Mode geworden sind – nicht zu befürchten. Die Staatsmaschine funktioniert im internationalen Vergleich perfekt. Hingegen – und dies ist die schlechte Nachricht! – sind starke Kräfte unübersehbar, die die Schweiz in Richtung des despotischen Staates drängen. Ein grobes Mass zur Schätzung des Gewichts des Staates im Staatsmodell ist die Staatsquote. Sie hat im Euroraum die kritische Marke von 50 Prozent längst überschritten. Bei uns erscheint sie mit rund 37 Prozent als noch einigermaßen vernünftig. Allerdings täuscht die Zahl: Sie ist nur deshalb noch so schön tief, weil wir eine weit höhere Pro-Kopf-Wirtschaftsleistung haben. Unsere Staatsausgaben pro-Kopf sind höher als im Euroraum. Solider sind wir – nicht zuletzt dank unserer Schuldenbremse – in der Finanzierung. Während die Verschuldungsquote im Euroraum bei horrenden 120 Prozent liegt, sind wir mit 46 Prozent wesentlich stabiler. Die Euro-Länder leben über ihren Verhältnissen. Das kann für uns kein Vorbild sein.

Ich will sechs der Kräfte kurz beschreiben, die uns in die falsche Richtung drängen:

Zuerst die Gefälligkeitsdemokratie: Demokratie ist zwar unverzichtbar, wenn Menschen in Würde und Freiheit leben wollen. Aber Demokratie ist anspruchsvoll, und sie ist voller Fehlanreize. Ich will in Stichworten einige davon aufzählen.

Die Orientierung der Politik an den nächsten Wahlen statt an den nächsten Generationen führt dazu, dass häufig das Populäre und nicht das Notwendige angestrebt wird. Weil Schulden vordergründig weniger schmerzen als Steuererhöhungen und weil Politiker für die von ihnen verursachten Schulden nicht persönlich haften, neigen Politiker dazu, Segnungen für ihre Wähler mit Schulden zu finanzieren und Lasten auf die nächsten Generationen zu verschieben. Weiter werden politische Prioritäten häufig durch den von Politik und Medien geschaffenen tagesaktuellen Empörungspegel und nicht durch die faktische Problemlage gesetzt. Die Versprechungen der Politiker fördern im Volk den verführerischen Irrglauben, der Staat könne und solle dem Bürger alle Probleme abnehmen und lösen. Diese Machbarkeitsillusion wird von zwei Seiten her genährt. Auf der Angebotsseite entwickeln einschlägige Staatsbürokratien immer neue Leistungspakete, die sie den Bürgern scheinbar zu ihrem Wohle zur Verfügung stellen oder gar aufdrängen, und die Politiker entdecken immer neue vermeintliche Bedürfnisse ihrer Wähler, die durch den Staat decken zu lassen sie versprechen. Auf der Nachfrageseite gibt es die Bürger, die staatliche Unterstützung in allen Lebenslagen als Rechtsanspruch betrachten und zunehmend bereit sind, Freiheit gegen Betreuung und vermeintliche Sicherheit einzutauschen. Das alles hat zwei Folgen: Die Dynamik und Innovationskraft der Gesellschaft nimmt ab, und die Erwartungen an den Staat übersteigen seine Möglichkeiten. Das wiederum enttäuscht die Bürger und führt zu sozusagen institutionalisierter Unzufriedenheit. Die von Acemoglu und Robinson als notwendig diagnostizierte Kontrolle des Staates durch die Zivilgesellschaft funktioniert nicht mehr. Im Gegenteil: Beachtliche Teile der Zivilgesellschaft – etwa NGOs oder aufs Fordern spezialisierte Interessenverbände - instrumentalisieren den Staat im Sinne ihrer selbstgesetzten partikularegoistischen Anliegen und blähen ihn damit weiter auf.

Zum zweiten stellen wir fest, dass der Bund in hoher Kadenz Lebensbereich um Lebensbereich regelt. Neuere wirtschaftspolitische Beispiele sind etwa die Minder-Initiative, die Konzernverantwortungsinitiative, die explosive Vermehrung von Allgemeinverbindlichkeitserklärungen von Gesamtarbeitsverträgen und neuerdings die Bestrebungen zur Einführung von Sammelklagen. Damit wird die wirtschaftliche Freiheit Schritt für Schritt geknebelt. Diese Freiheiten sind aber die wichtigsten Treiber für Fortschritt und Wohlstand. Woher nun kommt diese Regulierungswut? Freiheit kann auch missbraucht werden, sonst ist es keine Freiheit. Missbräuche aber setzen sofort die staatlichen Regulierer in Marsch. Nicht zuletzt deshalb muss die Freiheit mit Verantwortung genutzt werden. Nun wird es aber auch in der reifsten und moralisch integersten Gesellschaft immer Sünder geben, die ihre Freiheiten für irgendwelche üblen Zwecke missbrauchen. Deshalb muss eine Gesellschaft mit einem Bodensatz an Missbräuchen leben. Das aber setzt sofort jene Politiker in Marsch, die sich vornehmlich mit der Forderung nach Regulierungen profilieren wollen. Würde der Staat allen diesen Forderungen nachkommen, würde er die Freiheit mit allen negativen Folgen Schritt für Schritt abwürgen. Dieser Prozess ist aber längst im Gange.

Das Dritte ist der Kobra-Effekt. Er bedeutet, dass Regulierung sehr häufig anderes bewirkt, als die Urheber beabsichtigten. Der Ausdruck stammt vom Ökonomen Horst Siebert und bezieht sich auf eine Begebenheit in Indien zur Kolonialzeit. Um einer grassierenden Kobraplage Herr zu werden, setzte der Gouverneur für jeden abgelieferten Kobrakopf eine Prämie aus. Daraufhin vermehrten sich die Kobras noch schneller, weil die Menschen Kobras zu züchten begannen, um die Prämie zu kassieren. Viele Politiker übersehen, dass mit einer Vorschrift häufig ein ganzes Anreizgefüge verändert wird, so dass die Menschen anders als erwartet reagieren. So kann ein Mindestlohn dazu führen, dass nicht der Lohn hochgeht, sondern der Arbeitsplatz verschwindet. Oder ein markt- und

demographiefremder Umwandlungssatz sichert scheinbar ein Rentenniveau, gefährdet dabei aber das Sozialwerk und bestiehlt Junge zu Gunsten der Alten. Das Herumregulieren ohne klare Prinzipien muss über kurz oder lang in die Irre führen. Das wichtigste dieser Prinzipien wäre, wie der grosse Philosoph und Ökonom Friedrich August von Hayek analysierte, die individuelle Freiheit. Nur wenn sie als beherrschendes Prinzip die gesetzgeberischen Massnahmen lenke, könne sie überhaupt erhalten bleiben. Dem ist nichts beizufügen.

Der vierte Punkt ist unser Sicherheitsfanatismus. Offenbar haben gerade wir Schweizer ein enormes Bedürfnis, uns überall abzusichern. Wir sind so hoch versichert wie kaum ein anderes Volk. Dagegen ist natürlich nichts einzuwenden. Sicherheit ist ein legitimes Bedürfnis. Es ist deshalb wichtig, dass unsere Sozialwerke nicht nur leistungsfähig, sondern auch nachhaltig finanziert und damit sicher sind. Aber gerade auf diesem Gebiet dominieren zurzeit die linken Sozialhasardeure. Aber übertriebenes Sicherheitsdenken ist freiheitsfeindlich. Es führt zu lähmender Risikoaversion, und eine Gesellschaft, die keine Risiken mehr eingeht, erstarrt. Nicht alles, was man riskiert, gelingt, aber alles, was gelingt, wurde einmal riskiert.

Das fünfte ist das Misstrauen gegenüber Marktmechanismen. Intellektuelle mit mangelhaften Kenntnissen ökonomischer Zusammenhänge befürchten oft eine Schwächung des ethischen Verantwortungsbewusstseins durch Marktanreize und brandmarken die Verteilungswirkungen von Märkten als ethisch nicht vertretbar. Politiker mögen ohnehin Mechanismen nicht, die gute Ergebnisse ohne ihr Zutun ergeben. Beides führt zu einem Misstrauen Märkten gegenüber, das politisch die für eine prosperierende Marktwirtschaft notwendigen Freiräume permanent bedroht. Natürlich lassen sich nicht alle Probleme einer Gesellschaft mit Marktmechanismen befriedigend lösen, aber doch viele mehr, als man ge-

mein hin annimmt. Der Ersatz potentiell willkürlich handelnder privater und staatlicher Autoritäten durch Märkte ist meist eine moralische Verbesserung. Ein Beispiel ist das Ersetzen der Vergabe von Jobs über Beziehungen und Netzwerke durch Märkte. Sattsam bekannt ist auch die Freundlwirtschaft – wie unsere östlichen Nachbarn so treffend sagen – etwa bei der Vergabe günstiger Sozialwohnungen, die gewiss nicht gerechter als Märkte funktioniert. Eine viel beachtete Untersuchung des bedeutenden Zürcher Ökonomen Ernst Fehr hat ergeben, dass die Fairness-Präferenzen (ein Mass für altruistisches Handeln) in verschiedenen Populationen umso stärker waren, desto stärker die wirtschaftlichen Aktivitäten über Märkte liefen.

Der sechste Aspekt hat mit unnötiger Regulierung zu tun, die sich die Wirtschaft selber zuzuschreiben hat. In einer Demokratie ist es die Politik, die darüber entscheidet, über wie viele Freiräume eine Wirtschaft verfügt. Diese Freiräume wird ihr die Politik aber nur gewähren, wenn die Menschen das Vertrauen haben, dass die Wirtschaft ihre Freiheiten mit Verantwortung nutzt. Diese Verantwortung ist mithin der Preis für die Freiheit. Es braucht deshalb in den einzelnen Unternehmen gelebte Kulturen des korrekten Wirtschaftens. Das ist deshalb wichtig, weil auch das beste Aktienrecht, das beste Verwaltungsratsreglement oder der beste Ethikkodex wenig taugen, wenn Personen am Werk sind, denen es an Integrität mangelt oder wenn keine Compliance-Kultur herrscht. Dabei ist auch die Vorbildwirkung des obersten Managements von ausschlaggebender Bedeutung. Der Glaube daran, dass die Wirtschaft ihre Freiheit mit Verantwortung nutzt, hat in der Finanzkrise gelitten. Fehlleistungen von Managern und ganzen Branchen haben der Glaubwürdigkeit der Wirtschaft geschadet. Es entstand der Eindruck, dass die Jagd nach dem schnellen Geld bei vielen Managern jeden Sinn für Mass, Anstand und Moral habe verkümmern lassen. Das hat eine enorme Regulierungswelle ausgelöst. Gerade deshalb ist im Unternehmen

die Kultur genauso wichtig wie die eigentlichen Reglemente und Regeln. Dabei geht es nicht darum, aus allen Verantwortungsträgern in der Wirtschaft fehlerlose Tugendbolde zu machen. Es geht letztlich um sehr viel einfachere Dinge als hochtrabende moralphilosophische Grundsätze. Etwas vereinfacht kann die gute Unternehmenskultur mit den Tugenden des sogenannten ehrbaren Kaufmannes umschrieben werden, die weitgehend dem gesunden Menschenverstand entsprechen, deren konsequente Umsetzung indessen alles andere als trivial ist. Das sind so einfache Dinge wie das Verantwortungsbewusstsein nicht nur gegenüber dem Unternehmen und seinen Aktionären, sondern auch gegenüber Gesellschaft, Umwelt, Mitarbeitenden, Lieferanten oder Kunden. Dazu gehören Werte wie Fairplay, Wahrhaftigkeit, Einhaltung von Versprechen, Redlichkeit und Ehrlichkeit. Weil das so ist, muss bei der Auswahl der Manager der Charakter ein ebenso wichtiges Kriterium wie die Fachkenntnisse sein.

## VI

Dass der Staat an derart vielen Fronten auswuchert, macht den Kampf dagegen zu einer permanenten, zermürenden und oft erfolglosen Daueraufgabe. Ihr Verband spielt in diesem Kampf eine führende Rolle. Gewiss, ich war nicht immer mit allen Ihren Entscheiden völlig einverstanden, mit der Stossrichtung aber eigentlich immer. Ich möchte auf zwei Entwicklungen hinweisen, die mir in diesem Zusammenhang besonders Sorge bereiten: Erstens die erodierende Wertschätzung der Wirtschaft, welche die Erhaltung der enorm wichtigen marktwirtschaftlichen Freiräume erschwert, und zweitens die Differenzen zwischen den verschiedenen wirtschaftlichen Sektoren, welche die politische Durchsetzungskraft der Wirtschaft schwächen.

Man hat den Eindruck, die Haltung des Schweizervolks zu seiner Wirtschaft werde immer kritischer. Echte oder vermeintliche Fehlleistungen werden in den Medien unverhältnismässig skandalisiert. Der Dauerbeschuss unserer Standortbedingungen mit wirtschaftsfeindlichen Volkinitiativen hört nicht auf. Gegen Verbesserungen der Standortbedingungen etwa im Steuerbereich oder im Freihandel erhebt sich sofort erbitterter Widerstand wie gerade jetzt bei der geplanten Abschaffung der Stempelsteuer auf Risikokapital. Wie die Zittersiege der Wirtschaft etwa beim Freihandelsabkommen mit Indonesien oder bei der Konzernverantwortungsinitiative zeigen, ist das Volk immer weniger Garant für ein positives Wirtschaftsklima. Politisch ist die Wirtschaft in einen andauernden und zermürbenden Abwehrkampf verwickelt. Das ist deshalb schwer verständlich, weil die Wirtschaft im Mittel einen hervorragenden Job macht, einen besseren als die Politik. Sonst ginge es dem Lande nicht so gut. Die Gründe für diese Wirtschaftsskepsis sind vielfältig und diffus. Ich kann nur Vermutungen anstellen. Wahrscheinlich ist der Wohlstand derart selbstverständlich geworden, dass er als gottgegebener Rechtsanspruch betrachtet wird und dass das Bewusstsein dafür, dass er tagtäglich neu erarbeitet werden muss, schwindet. Zudem wird an den meisten Schulen mehr Wirtschaftskritik als Verständnis der wirtschaftlichen Zusammenhänge gepredigt. In der gewerblichen Wirtschaft vor Jahrzehnten konnte jedermann die wirtschaftliche Wertschöpfung fast hautnah verfolgen, während sie heutzutage im Nebel der Komplexität, der Globalisierung und der Digitalisierung schwimmt. Zudem ist die Anzahl jener, die vom staatlichen Manna profitieren, gegenüber jenen, die dafür sorgen, dass der Staat überhaupt über Manna verfügt, enorm gewachsen. Während in den Neunzigerjahren rund 18 Prozent der Erwerbstätigen in staatsnahen Bereichen arbeiteten, waren es im Jahr 2020 schon 27 Prozent. Wenn Sie jetzt noch alle dazurechnen, die über Sozialleistungen, Prämienverbilligungen oder Subventionen vom Staat zehren, sind Sie wahrscheinlich bald bei der Hälfte. Im Parlament hat es mehr und mehr

Leute, die wohl grosse Reden über Wirtschaft schwingen, aber noch nie ein paar Rappen an die nationale Wertschöpfung beigetragen haben. Sie machen nicht zuerst Karriere und stellen ihre Erfahrung dem Parlament zur Verfügung, sondern sie streben ins Parlament, um Karriere zu machen. Das ist die Perversion des Milizgedankens. Es ist schwierig, gegen den Zeitgeist anzugehen. Das einzige Rezept ist und bleibt, dass sich Menschen, die wirtschaftskompetent sind, vermehrt aktiv um unseren Staat kümmern. Drogisten und Sanitärinstallateure genauso wie Generaldirektoren.

Nicht alle Unternehmen haben die gleichen Interessen. Das erschwert oft die Einigung auf eine starke gemeinsame Interessenvertretung in der Politik. Ich sehe vier wichtige Trennlinien oder Gräben: Finanzsektor und Realwirtschaft, KMU und Grosskonzerne, Inland- und Exportorientierte sowie Subventionierte und nicht Subventionierte. Dass jeder Sektor zunächst einmal an die eigenen Interessen denkt, ist ja natürlich. Aber häufig führt das dazu, dass der Blick aufs Ganze verstellt wird. Da schimpfen Vertreter der Realwirtschaft in der Finanzkrise über die Banken, da unterstützen einige KMU-Vertreter mit Häme die Konzernverantwortungsinitiative, da klagen binnenmarktorientierte Unternehmer, die Exportwirtschaft habe zu viel Einfluss, und von Subventionen profitierende Unternehmen etwa im Energiesektor vergessen alle marktwirtschaftlichen Grundsätze, die für die Gesamtwirtschaft wichtig wären. Solche Zersplitterung hilft nur der Linken. Unsere Wirtschaft ist ein komplexes, gewachsenes Hochleistungsbiotop, und unser Wohlstand ist ohne die mittelständische Wirtschaft genau so wenig denkbar, wie ohne die grossen Konzerne. Ihr Beitrag ist – und ich sage das als Mittelständler – weit bedeutender, als den meisten Schweizern bewusst ist. Deshalb ist es so wichtig, dass sich die Wirtschaft nicht immer wieder auseinanderdividieren lässt. Ich habe natürlich zur Kenntnis genommen, dass Ihr Verband, Economiesuisse und Arbeitgeberverband mit ihrer «Wirtschaftspoliti-



schen Agenda» einige gemeinsame wohlklingende Parolen beschlossen haben. Das ist gut so. Aber ich bitte Sie dringend, wenn's dann ums Konkrete geht, sich auch konkret zusammenzuraufen. Das ist ja leider eine Konstante in unserem Lande: Im Allgemeinen ist man sehr dafür. Aber im Konkreten doch nicht ausgerechnet so!

## VI

Zum Schluss möchte ich versuchen, sieben politische Schwerpunkte zu skizzieren, die mir zur Sicherung unseres Wohlstandes als unabdingbar erscheinen:

1. Unsere Sozialwerke sind ein wichtiger Faktor unseres nationalen Zusammenhalts. Ihre langfristige Sicherung ist allerdings ein dornenvolles Geschäft, weil sich jeder Politiker vor der Stigmatisierung als Sozialabbauer fürchtet. Dabei sind die wahren Sozialstaatgefährder diejenigen, die unfinanzierbare Leistungen gewähren, künftigen Generationen die Rechnung zur Begleichung überlassen und die eine Generation zu Lasten einer andern begünstigen. Das müssen wir mit einer ausgewogenen Mischung von wirtschaftsverträglichen Mehreinnahmen und angemessenen Korrekturen am Leistungsprofil bereinigen. Ohne Erhöhung des Rentenalters und ohne eine geschickt gestaltete Schuldenbremse ist das nicht zu schaffen.
2. Weil unser weit überdurchschnittlicher Wohlstand massgeblich vom Export abhängt, sind wir auf *offene Märkte* angewiesen. Diese sind wegen der Rückschläge bei der Globalisierung und wegen des aufkeimenden Protektionismus gefährdet. Das braucht durchaus eine Erweiterung unseres Netzes von Freihandelsabkommen, aber es braucht vor allem den rechtlich dauerhaft abgesicherten Zugang zum wichtigsten Exportkunden, dem

Binnenmarkt der EU. In dieser zentralen Frage hat unsere politische Elite strategisch versagt, und brauchbare strategische Ansätze zur Lösung dieses Problems sind mir nach dem einseitigen Abbruch der Verhandlungen mit der EU nicht zu Ohren gekommen.

3. Nicht zuletzt dank der Schuldenbremse war die Schweiz zu Beginn der Coronakrise fiskalisch derart widerstandsfähig, dass wir uns die enormen Corona-Hilfspakete problemlos leisten können. Es ist bizarr, dass die Schuldenbremse gerade in einem Moment in Frage gestellt wird, da sie ihre Bewährungsprobe glänzend bestanden hat. Es ist wichtig, dass die Schweiz in angemessener Frist ihre Widerstandsfähigkeit im Rahmen der Schuldenbremse wieder aufbaut, denn die nächste Krise kommt bestimmt. Das bedeutet, dass die Politik um harte Prioritätensetzungen und um die Senkung des Ausgabenwachstums nicht herumkommen wird. Wir werden es uns nicht leisten können, unsere Kräfte mit den vielen hochgespielten Luxusproblemen zu verzetteln.
  
4. Wie weit sich ein Staat schon vom gebändigten in Richtung despotischer Staat entwickelt hat, lässt sich näherungsweise an der Staatsquote ablesen. Diese Quote hat aber noch eine zusätzliche Bedeutung. Je höher sie ist, desto höher ist der Anteil des Staates an der Wirtschaftsleistung. Deshalb nähert sich das Gesamtsystem mit steigender Staatsquote einer Zentralverwaltungswirtschaft an. Weil Bürokratien nie klüger als das konzentrierte Wissen von Märkten sind, vermochten Zentralverwaltungswirtschaften im Gegensatz zu Marktwirtschaften nirgends hinreichenden Wohlstand zu erzeugen. Auch unsere Staatsquote nähert sich einem Gefahrenbereich. Deshalb ist ihre Stabilisierung oder gar ihre Reduktion an-

zustreben. Hierin liegt eine zweite Bedeutung der Schuldenbremse. Sie ist auch eine Staatsquotenbremse.

5. Nur dank unserer im internationalen Vergleich überdurchschnittlich guten *marktwirtschaftlichen Rahmenbedingungen* konnte eine überdurchschnittlich leistungsfähige Wirtschaft mit hohen Löhnen und tiefer Arbeitslosigkeit entstehen. Wichtige Elemente davon sind etwa vernünftige Steuern und flexible Arbeitsmärkte. Das erwähnte Auswuchern des Staates nun verbürokratisiert unternehmerische Tätigkeiten zunehmend und absorbiert die so wichtigen unternehmerische Energien. Dazu kommt die ebenso erwähnte permanente Bedrohung unserer Standortqualität durch wirtschaftsfeindliche Volksinitiativen. Ausforstung und Regulierungsstopp muss die Devise sein, nicht immer weitere Bevormundung der Unternehmen. Es geht um die Erhaltung der Maschine, die jene Werte und Steuererträge produziert, die alles andere erst ermöglichen. Ihr Verband hat wertvolle Anstrengungen zur Durchsetzung einer Regulierungsbremse und eines Entlastungsgesetzes unternommen. Es ist zu hoffen, dass diese endlich von Erfolg gekrönt werden.
  
6. Zum Schluss will ich noch den Föderalismus erwähnen. Er ist nicht nur ein Wesensmerkmal der Schweiz, sondern auch ein zentraler Wohlfahrtsfaktor. Leider wird er mit zunehmender Geschwindigkeit verwässert. Die Ökonomen Lars Feld und Christoph Schaltegger sind in einer sorgfältigen Analyse unter anderem zu den Schlussfolgerungen gelangt, dass der schweizerische Wettbewerbsföderalismus einen positiven Effekt auf die Qualität der öffentlichen Leistungen hat, zu bedarfsgerechteren Infrastrukturen führt, die öffentliche Verschuldung dämpft, über den Steuerwettbewerb die Leistungsfähigkeit der Kantone fördert und ein wertvolles Labor

für politische Experimente darstellt. Zudem bündigt der Föderalismus die Macht des Zentralstaates durch Teilung, und er gestattet den Regionen die ihrer Kultur gemässe Gestaltung des näheren politischen Umfeldes. Aber in Bern scheint das Verständnis dafür zu schwinden, und immer neue Zentralisierungen oder unübersichtliche Verflechtungen führen zur Verwässerung von Verantwortlichkeiten und Ineffizienzen. Der Ökonom Christoph Schaltegger spricht gar von organisierter Verantwortungslosigkeit. Hier tut Gegensteuer Not.

7. Den siebten Punkt erwähne ich aus Zeitgründen nur pro memoria. Er wäre ein eigenes Referat wert. Es ist die langfristige Sicherung der Stromversorgung zu allen Jahreszeiten.

## VII

Damit komme ich zum Schluss. Nein, unser Wohlstand ist nicht gottgegeben. Ihn zu erhalten bedeutet harte Arbeit und Erhaltung unserer Stärken. Sie alle leisten als Gewerbetreibende unverzichtbare wirtschaftliche Beiträge an unseren Wohlstand. Und als Verband tragen Sie grosse Verantwortung bei der Erhaltung unserer wirtschaftspolitischen Stärken. Ich ermutige sie, im Schulterchluss mit anderen wirtschaftsfreiheitlich gesinnten Kräften diese Verantwortung weiterhin nachdrücklich wahrzunehmen!

